



Arbeiterwohlfahrt

LAG NRW

Lützwowstraße 32 · 45141 Essen

Telefon: 02 01 / 31 05 - 201

Telefax: 02 01 / 31 05 - 276

info@awo-niederrhein.de

www.awo-nr.de

Landespressekonferenz 18. Februar 2009

Statement

von

Gunder Heimlich

Vorsitzender

Landesarbeitsgemeinschaft AWO NRW



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zur heutigen Landespressekonferenz. Als ihre Gesprächspartner darf ich Ihnen vorstellen:

- Prof. Dr. Johano Strasser, Präsident des P.E.N.-Zentrum Deutschland e. V.
- Thomas Rüth, von der AWO-Jugendhilfe-Netzwerk Essen
- Ich selbst bin Gunder Heimlich, der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt in NRW.

Zu unserer heutigen Fachtagung erwarten wir ca. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und der Wohlfahrtspflege.

Ein Aufgabenschwerpunkt unseres Verbandes im zurückliegenden Jahrzehnt war die Bekämpfung von Ursachen und Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen. In unserer Pressemappe finden Sie nicht nur einige grundlegende Bundeskonferenzbeschlüsse der AWO zur Bekämpfung der Kinderarmut, sondern auch eine kleine beispielhafte Auswahl von Projekten zur Linderung akuter Not.

Mit der heutigen Fachtagung „Armut bedroht unsere Gesellschaft“ will die AWO u.a. einen Impuls in den eigenen Verband geben, sich zukünftig umfassender mit dem Thema Armut zu befassen. Und das nicht nur unter dem Gesichtspunkt, Hilfsangebote für von Armut betroffene Menschen zu entwickeln, sondern vor allem auch mit der Aufforderung, sich intensiv sozialpolitisch für die Bekämpfung der Ursachen von Armut einzusetzen.

Das bedeutet letztendlich nichts anderes, als aktiv für die Grundwerte unseres Verbandes -Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit - einzutreten und vehement ein Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen in unserem Land einzufordern.

Ich setze darauf, dass sich in den nächsten Jahren - überall in Nordrhein-Westfalen - Ehren- und Hauptamtliche der AWO dieses Themas annehmen und Politik und Öffentlichkeit solange damit konfrontieren, bis die drohende Gefahr für unsere Gesellschaft erkannt wird und wirksame Maßnahmen ergriffen werden.

Auch wenn es sich keineswegs um eine neue Erkenntnis handelt, so will ich sie an dieser Stelle doch noch einmal wiederholen, weil ich glaube, dass man sie gar nicht oft genug in Erinnerung rufen kann: Armut ist in den seltensten Fällen individuell verursacht! Armut ist ein gesellschaftliches Problem und die Gesellschaft und die handelnden Politiker stehen in der Pflicht, Armut zu beseitigen! Notleidende Menschen haben einen Anspruch auf Hilfe. Dieser Anspruch muss eingelöst werden. –

Nicht nur bei notleidenden Banken!

Ich glaube, dass eine Demokratie, die auf Sozialpolitik verzichtet, sich aufgibt. Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen. Sie bilden eine Symbiose. Sozialpolitik ist die Basis der Demokratie.

Menschen lebenslang in einem Teufelskreis der Armut zu belassen verstößt sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen die allgemeinen Menschenrechte. Und in einem reichen Land wie der Bundesrepublik überschreitet es auch jegliche Schamgrenze!

14% aller Menschen und fast jedes vierte Kind in NRW sind laut Armutsbericht 2007 der Landesregierung arm.

In Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums gelang es in NRW nicht, diese Armutsquote nennenswert zu senken. Es ist zu befürchten, dass die Wirtschaftskrise in NRW zu einer noch nicht überschaubaren Entlassungswelle führen wird. Allein im Monat Januar 2009 verloren 55.000 Menschen in NRW ihre Arbeit. Betroffen waren vor allem Leiharbeiter und gering qualifizierte Beschäftigte. Die AWO befürchtet, dass dieser Entlassungswelle ein großer Anstieg der Armutsquote in NRW folgen wird. Zurzeit leben bereits 521.500 junge Menschen unter 20 Jahren von Hartz IV und wir haben mit einem weiteren Anstieg der Hartz IV Empfänger zu rechnen.

Spätestens nach 12 Monaten landen Arbeitslose und ihre Familien nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bei der Grundsicherung - das bedeutet ein Leben unterhalb der Armutsgrenze.

Die erneuten Verlierer des 'Konjunkturprogramms II' sind Hartz IV-Empfänger, Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter, 1 Euro-Jobber, Niedrigrentner oder Familien, die von Niedriglöhnen leben müssen. Das Programm hilft vor allem dem Mittelstand, am wenigsten den Armen und den Reichen tut es nicht weh.

Für ein verschrottbares Auto gibt es 2.500,00 Euro und für ein Kind bekommt die Familie 100,00 Euro Konjunkturlhilfe!

Übrigens, ausnahmsweise auch mal 100,00 Euro pro Kind für Hartz IV-Familien, die sonst immer von Kindergelderhöhungen usw. ausgeschlossen sind.

Die Politik verabschiedet sich immer mehr von sozialstaatlichen Ansprüchen für arme Menschen und verlässt sich anscheinend auf ein wachsendes Almosenwesen.

Unser Land erlebt zurzeit eine Hochkonjunktur der Armutsökonomie. Mittlerweile existieren in Deutschland über 800 örtliche 'Tafeln' für arme Menschen. Die Steigerung ist besonders deutlich bei Kindertafeln. Wir scheinen uns daran zu gewöhnen, dass die Schlangen vor diesen modernen Armenküchen immer länger werden.

Diese gesamte Entwicklung hat sich drastisch von den Vorstellungen der Arbeiterwohlfahrt von einer humanen und sozial gerechten Gesellschaft entfernt.

Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass unser Sozialstaat immer stärker ausgehöhlt und immer mehr Lasten auf die schwächeren und schwachen Schultern verteilt werden.

Jedes Kind, jeder Jugendliche, jede Frau, jeder Mann und jeder Ältere - gleich welchen Hintergrundes - hat einen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und ein Leben in Würde.

Dies hat ein Sozialstaat zu gewährleisten. Dafür wird die AWO mit Engagement kämpfen.

Zur schnellen Linderung der Not armer Menschen fordert die AWO:

- Eine existenzsichernde Grundsicherung für alle Kinder von mindestens 502 Euro. Diese unterliegt der Einkommenssteuer.
- Eine Erhöhung des Eckregelsatzes nach SGB II von 352 Euro auf mindestens 400,00 Euro.
- Mehr und qualifiziertere Information, Beratung und Unterstützung bei hilfebedürftigen Menschen.
- Einen gesetzlichen Mindestlohn als verbindliche Lohnuntergrenze, der sicherstellt, dass bei Vollzeitbeschäftigung Armut vermieden wird.
- Durch eine Grundsicherung im Alter ist zu gewährleisten, dass die finanzielle Absicherung zumindest nicht unter die im dritten Armuts- und Reichtumsbericht benannte Armutsgrenze von durchschnittlich 60% des Durchschnittseinkommens fällt.

Für diese Ziele wird sich die AWO weiterhin mit aller Kraft einsetzen.